

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Tageblatt-Verlag, Pulsnitz, Postfach 120. Bezugspreis: 0,55 RM wöchentlich, 2,60 RM monatlich, 24,00 RM vierteljährlich, 84,00 RM halbjährlich, 168,00 RM jährlich. Druck- und Verlagskosten sind in dem Preis inbegriffen.

Wochenblatt. Bankkonten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privatbank, Zweigstelle Pulsnitz.



Vermerkt an jedem Werktag
In Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,55 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend.

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeile (Masse 7 Zeilenmessen 14) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0,30. Amtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Pflendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von C. F. Förster & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 6

Sonnabend, den 7. Januar 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Der argentinische Außenminister war Gast des Reichspräsidenten. Bei der Explosion in Berlin sind über 20 Menschen ums Leben gekommen. Wie die Berliner Blätter aus Saarbrücken berichten, ist jetzt ein zweiter Heldenkämpfer des Kreuzers „Emden“ gespart worden. Der in Genz wohnhafte Maschinist Hans Jung hat vom Reichspräsidenten die Genehmigung erhalten, mit seiner Familie den Namen Jung-Emden zu führen. Nach sehr starkem Regen, der den ganzen Tag über anhielt, entlud sich gestern Abend gegen 8 Uhr über Köln mit heftigen Blitzen ein schweres Gewitter. Während des Gewitters fiel wolkenbruchartiger, mit Hagel vermischter Regen nieder. Der Gesundheitszustand des Reichsaussenministers läßt weiter zu wünschen übrig. Dr. Stresemann ist immer noch gezwungen, das Bett zu hüten. Die Kommission für Kontingenterstellung der Ausfuhrweine nach Deutschland setzte den Jahresanteil für algerische Weine auf 30 000 Hektoliter fest. Der Dampfer „Alhena“, der so viele Passagiere des untergegangenen italienischen Dampfers „Mafalda“ gerettet hatte, ist gestern bei seiner Ankunft in Rotterdam feierlich empfangen worden. Kapitän und Mannschaft des Schiffes erhielten von der Königin der Niederlande Ordenstrafen. Wie das Postministerium in London mitteilt, sind durch den schweren Sturm 244 Telephonleitungen unterbrochen worden. Besonders in Mitteldeutschland, ebenso Dublin und ein großer Teil Irlands. Nach einer Mitteilung aus Moskau sind die sowjetrussischen Wahlen, die in der nächsten Zeit stattfinden sollten, auf Antrag mehrerer Sowjetrepublikanen auf den Herbst verschoben worden. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist die Kälteperiode auf der Arktis von einer Stille abgelöst worden. Es sind bereits 24 Grad über Null festgesetzt worden.

Argentinien und wir.

Der argentinische Außenminister Dr. Gallardo weilt zurzeit in Berlin, gleichzeitig finden dort wichtige wirtschaftliche Verhandlungen zwischen deutschen und argentinischen Stellen statt. Dr. Gallardo hatte die Freundlichkeit, unserem Berliner Mitarbeiter Dr. Konrad Döring eine Unterredung zu gewähren, der der argentinische Gesandte Federico Dr. M. Quintana beizuhörte. Der argentinische Außenminister ist eine ungemein sympathische und lebenswürdige Erscheinung. Er beantwortet die an ihn gerichteten Fragen mit großer Bereitwilligkeit und oft mit einem leisen Anflug von Humor, man merkt, daß dieser Mann über dem Geschehen der Dinge steht und einen weiten Blick für den Gang der Welt besitzt. Die Unterhaltung dreht sich zunächst um den Wiedereintritt Argentiniens in den Völkerbund. Dr. Gallardo äußert hierzu, daß diese Angelegenheit erst nach der Neuwahl des argentinischen Präsidenten und nach dem Wiedereintritt des Parlaments in Buenos Aires erörtert werden könne, bis dahin dürften aber mindestens noch sechs Monate vergehen. Ein Wiedereintritt in den Völkerbund erscheint durchaus im Bereich der Möglichkeiten. Es ist klar, daß dem argentinischen Außenminister zunächst die außenpolitischen Beziehungen seines eigenen Landes besonders wichtig sind, und er verbreitet sich hierüber ziemlich eingehend. Die Pläne auf Bildung eines sogenannten Panamerikas, d. h. also auf Zusammenfluß aller amerikanischen Staaten, erscheinen ihm nur dann annehmbar, wenn es sich um Fragen der Kultur handelt, auf politischem Gebiete lehnt er eine allzu enge Verbindung aller amerikanischen Staaten ab. Eine Kriegsgefahr in Südamerika, von der wiederholt mit Bezug auf Bolivien und Paraguay gesprochen wurde und die zweifellos dann auch andere Mächte mit verwickeln würde, hält er für ausgeschlossen. Auch eine bolschewistische Gefahr gibt es in Argentinien nicht, dazu sind die stark landwirtschaftliche Struktur des Landes und der Sinn der Bevölkerung zu gesund. Uebergend zu den Beziehungen des Deutschen Reiches zu seinem Heimatlande hob der argentinische Außenminister hervor, daß diese stets die denkbar besten gewesen seien und es auch in Zukunft bleiben würden. Das argentinische Volk betrachtet die deutsche Nation, insbesondere aber die zahlreichen dauernd in Argentinien wohnenden Deutschen mit der größten Achtung und Sympathie, denn sie seien arbeitssame und zuverlässige Bewohner ihrer neuen Heimat. Viele Deutsche sind im Laufe der Zeit argentinische Bürger geworden, aber weder Regierung noch Volk drängen sie, ihre Staatsangehörigkeit aufzugeben. Der Minister erklärte, daß er selbst, wenn er etwa als Deutscher in Argentinien wohnen würde, stets deutscher Reichsangehöriger bliebe. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete lassen große Möglichkeiten offen, deren Ausmaß jetzt über-

Die Reichsregierung beantragt Wiederherstellung des Reichsmehretats

Für den unbedingten Bau eines Panzerschiffes
Behebung der Notlage älterer Angestellter — Der Dawesplan nur ein „temporäres Hilfsmittel“
Finanzminister Dr. Höpfer-Schöff über Steuervereinfachung

Berlin. Die Reichsregierung beantragt beim Reichstag die Wiederherstellung des von ihr aufgestellten Gesetzes, an dem der Reichsrat Abstriche in Höhe von etwa 6,25 Millionen Mark vorgenommen hatte. Die Reichsregierung begründet die Wiederherstellung des Stats folgendermaßen: Die Senkung der Mittel für den Neubau von Munitionsräumen würden die sachgemäße Lagerung der Munitionsvorräte aller Art äußerst schwierig gestalten und außerdem mit einer erheblichen Gefährdung der Allgemeinheit verbunden sein. Die Einschränkung der Mittel für Bauten auf den Truppenübungsplätzen würde die dringend notwendige Verbesserung der Unterkunft der Unteroffiziere und Mannschaften während der anstrengenden Ausbildungszeiten auf den Truppenübungsplätzen verhindern. Der Hauptabstrich des Reichsrates betraf aber den ordentlichen Haushalt der Marine, wo die erste Rate für den Neubau des Panzerschiffes A. im Gesamtbetrag von 9,3 Millionen abgestrichen wurde. Im Gegensatz zur Auffassung des Reichsrates beantragt die Reichsregierung auch in diesem Punkt die Wiederherstellung ihres Entschlusses, weil der Ersatz der überalterten Linienschiffe zur Aufrechterhaltung des uns aus dem Friedensvertrage zugestandenen bescheidenen Maßes an Verteidigung unbedingt erforderlich sei.

In der Begründung heißt es wörtlich: „Die Panzerschiffe bilden das Rückgrat der Verteidigung zur See. Ohne sie ist die Abwehr einer Blockade selbst kleinerer Seemächte, die Verteidigung der Seehandelswege und der ungeschützten Küstengewässer sowie die Sicherung der Verbindung mit Ostpreußen nicht durchzuführen.“

Behebung der Notlage älterer Angestellter.

Eine Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums.
Das Reichsarbeitsministerium hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Lage der älteren Angestellten zugehen lassen. Wie aus der Denkschrift hervorgeht, hat gegenüber der letzten Zählung im Jahre 1907 die erwerbsfähige Bevölkerung um fast 7 Millionen Personen oder fast 27 Prozent zugenommen bei gleichzeitiger Zunahme der Gesamtbevölkerung um nur 13,5 Prozent. Der bisherige Verlauf des Jahres 1927 zeigt, daß sich die Beschäftigungsaussichten für die Angestellten nicht im gleichen Maße besserten wie für die Arbeiter. Man führt die ungünstige Lage der älteren Angestellten auf die Angestelltenarbeitsverträge zurück, die vielfach nach Lebens- oder Berufsjahren abgestuft seien. Wenn sich hieraus Schwierigkeiten ergeben sollten, wäre es Aufgabe der Parteien des Reichstages, Abhilfe zu schaffen. In einigen neueren Tarifverträgen habe man auch schon andere Bestimmungen eingeführt. So seien für höhere Gruppen der älteren An-

gestellten mit abgeschlossener Ausbildung ein oder zwei Mindestgehälter eingeführt worden, über die hinaus Lohnsteigerungen gewährt werden könnten. Auf der anderen Seite dürfe man an der Tatsache, daß zahlreiche Entlassungen älterer Angestellter vorgenommen wurden, nicht achtlos vorbeigehen. Eine Milderung sei durch Maßnahmen der Reichsregierung gebracht worden. Mit neuen Zwangsmahnahmen könne man erst eingreifen, wenn diese Mittel versagen würden. In Frage käme vor allem eine Reihe berufspolitischer Maßnahmen, unter denen der

Ausbau der Ausstellenversicherung durch die neue Reichsankasse für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wohl an erster Stelle stehe. In den Berufsberatungsbüros sei man bemüht, eine sorgfältige Auslese unter den Berufsanwärtern zu treffen, um einer weiteren Zunahme des kaufmännischen Proletariats entgegenzuwirken. Die Ausbildungszeit des Lehrlings solle kräftiger überwacht werden. Die geschädigten Grundlagen hierfür solle das Berufsausbildungsgesetz bringen, dessen Entwurf dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat vorläge.

Der Dawesplan nur ein „temporäres Hilfsmittel“.

New York. Sämtliche Washingtoner Meldungen, die aus amtlichen Kreisen stammen, betonen, daß es sich bei der in die Debatte geworfenen Frage einer Verquickung der Reparations- und Schuldenfrage um nichts anderes als um französische Propaganda handele. Von Seiten des Staatsdepartements und des Schatzamtes wird noch einmal betont, daß Amerika nicht daran denke, die Schulden Frankreichs an die Vereinigten Staaten um den Betrag zu verringern, den Frankreich Deutschland eventuell erlassen würde. Aber auch daran sei nicht zu denken, daß das Schulden- und Reparationsproblem in irgendeiner Form verquickt werden könnte. Ebensovienig komme eine Schuldenrevision in Frage. Schatzsekretär Mellon erklärte außerdem, daß Parker Gilbert, als er von der Reparationsendsumme sprach, überhaupt nicht an die interlinkierten Schulden gedacht habe. Der Festsetzung der deutschen Reparationsendsumme dürften noch zahlreiche internationale Konferenzen vorangehen. Deutschland werde ohne Kenntnis der Endsumme niemals instande sein, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Nur Unbefohlene könnten von Deutschland 23 Milliarden Dollar verlangen, also eine Summe, die fast zweimal so hoch sei, wie die gesamte fundierte Schuld Amerikas. Der Dawesplan in seiner jetzigen Form sei auch von seinen Schöpfern nur als temporäres Hilfsmittel gedacht gewesen. Auch Staatssekretär Kellogg ging ebenfalls auf das Problem der Festsetzung der Reparationsendsumme ein und erklärte, daß eine Einigung darüber baldmöglichst erfolgen sollte.

zommen. Selbstverständlich muß ein jeder Einwanderer, der Landwirtschaft und Viehzucht betreiben will, über ein gewisses Kapital, über eine einwandfreie Gesundheit und ungebeugte Arbeitslust verfügen.

Auf die Frage unseres Mitarbeiters, was der argentinische Minister von dem heutigen Deutschland denke, erklärte Dr. Gallardo, daß er Deutschland vor 32 Jahren zum ersten Male besucht habe und seitdem, wenn auch meist nur aus der Ferne, seinen Schicksalsgang und seine Entwicklung aufmerksam beobachtet habe. Er glaube, daß Deutschland die Kraft besitze, allmählich wieder in die Höhe zu kommen. Er sei hoch erfreut über den lebenswürdigen und gastfreien Empfang sowie das große Entgegenkommen, das er hier allenthalben gefunden habe.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Volkshilfsabende.) Der Besuch des Vortragsabends am nächsten Montag (8 Uhr, Schule) wird dringend empfohlen. Friederike Stritt, die bekannte Dresdner Vortragskünstlerin, wird Unterhaltung im

